



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Gemeinderatssitzung 14. Juni 2012



KPÖ informiert:
GRAZ
www.kpoe-graz.at

Müll und Kanal: Teuerung trotz Überschuss

Die Stadt Graz hat im Jahr 2011 an den Überschüssen bei Kanal- und Müllgebühren insgesamt 8 Millionen Euro verdient. Das geht aus dem Informationsbericht an den Gemeinderat hervor.

KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: „Trotzdem hat die Mehrheit im Gemeinderat eine Tarifautomatik eingeführt. Die Tarife für Kanal- und Müll werden in Zukunft jährlich automatisch um die Inflationsrate erhöht, auch wenn die Einnahmen in diesem Bereich mehr als kostendeckend sind. Das ist ein Widersinn.“

Am 19. Jänner hatte die Grazer KPÖ in einem Dring-



Klub-Obfrau Ina Bergmann

lichkeitsantrag gefordert, dem Gemeinderat bis Juni 2012 eine Kostenaufstellung für das Jahr 2011, getrennt für Müllabfuhr und Kanalbenützung vorzulegen.

Dieser Bericht bestätigt die KPÖ. Mit Gesamteinnahmen von 45,6 Millionen Euro und Gesamtausgaben von 40,6 Millionen Euro beträgt der Überschuss beim Kanal 5 Milli-

onen Euro, der Deckungsgrad liegt bei 112,29 Prozent.

Bei der Müllabfuhr gibt es ähnliche Zahlen. Die Gesamteinnahmen betragen knapp 35,5 Millionen Euro, die Gesamtausgaben liegen bei 32,3 Millionen Euro. Der Überschuss von 3,2 Millionen Euro ergibt einen Deckungsgrad von 109,95 %.

Ina Bergmann: „Die Menschen in unserer Stadt müssen deutlich mehr für Kanal und Müll zahlen als notwendig wäre. Mit der Tarif- und Gebührenautomatik wird das in Zukunft noch deutlicher werden. Die KPÖ fordert die Rücknahme dieser Tarif- und Gebührenautomatik.“

Bus und Tram: Teuerung stoppen

Am 1. Juli werden die Fahrkarten für Bus, Tram und S-Bahn um 5,5 % erhöht. Die Politik hat den Verkehrsunternehmen nämlich das Recht eingeräumt, die Verbundtarife Jahr für Jahr um das 1,75fache der Inflationsrate anzuheben. Der Grazer Gemeinderat hat sich einstimmig gegen diese Teuerungs-

automatik gewandt. Seither ist aber nichts unternommen worden.

Gemeinderat Christian Sikora (KPÖ): „Ich fordere im Gemeinderat den sofortigen Stopp dieser Tarifierhöhung. Jede weitere Erhöhung geht in allen Lebensbereichen zu Lasten der Menschen.“

RAT UND HILFE



**Wohnungsstadträtin
 Elke Kahr - KPÖ,
 Tel. 0316 / 872 20 60**

Ankündiger: Privatisierung

„Eine Teilprivatisierung bleibt eine Teilprivatisierung, egal wie man das in der Öffentlichkeit nennt.“ Das sagt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr zur Meldung, dass der Werberiese JCDecaux (Gewista) mindestens 24,9 Prozent der städtischen Werbefirma Ankündiger übernimmt.

Die 1924 gegründete städtische Firma Ankündiger war über lange Zeit ein bedeu-

tender Gewinnbringer für die damaligen Stadtwerke. Die Gewinne sind in den letzten Jahren vor allem wegen einer verlustreichen Beteiligung in Kroatien stark eingebrochen.

Das Ausgliederungskonzept Haus Graz bietet keinen Schutz vor der Privatisierung von städtischem Eigentum. Die Gefahr, dass der Ankündiger eines Tages ganz geschluckt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.



Unterschreiben Sie!
 gegen Teuerung, für Gebührenstopp
 unter www.kpoe-graz.at

**Das tägliche Leben
 muss leistbar sein.**

KPÖ
www.kpoe-graz.at

STEK hebt sich selbst aus

Das neue Stadtentwicklungskonzept (STEK 4) gilt für die Entwicklung der steirischen Landeshauptstadt in den nächsten 15 Jahren. Eine „Generalklausel“ im Verordnungstext des neuen Grazer Stadtentwicklungskonzeptes (STEK 4.0) hebt aber viele positive Festlegungen dieser Verordnung aus. Diese Klausel ist auf Druck von „ganz oben“ zustande gekommen. Deshalb stimmt die KPÖ nicht zu.

KPÖ-Planungssprecher Manfred Eber: Nach jahre-

langen Vorarbeiten unter Einbeziehung der Bevölkerung haben auf einer Sitzung im Mai dieses Jahres drei Spitzenbeamte, die dem Bürgermeister direkt unterstellt sind, mit Nachdruck äußerst „investorenfreundliche“ Änderungen im Entwurf verlangt. Diesem Druck hat die Mehrheit des Gemeinderates nachgegeben.



Girardikeller

Gemeinderat Andreas Fabisch

fragte Bürgermeister Nagl nach dessen konkreten Schritten zum Erhalt des denkmalgeschützten Girardi-Geburtshauses. Der Verdacht, dass es sich beim Verfallen-Lassen des Girardikellers um ein gezieltes Vorgehen handelt, liegt nahe. Der Zustand des Gebäudes ist katastrophal, die Fenster sind ständig geöffnet. Der Bürgermeister wollte von möglichen Spekula-



tionsabsichten nichts hören und meinte, der Eigentümer sei dem von der Stadt erteilten Auftrag, Mängel zu beheben, ohnehin nachgekommen, indem er morsches Holz entfernt und lockeren Verputz abgeschlagen hätte. „Ich bin froh über Bürger, die solche Missstände aufzeigen“, sagte Fabisch. Jetzt hat die Öffentlichkeit Notiz genommen, und wird die weiteren Vorgänge vor Ort beobachten.

Bustrasse „Wohnen im Park“

Nicht schnell genug kann es den Stadtverantwortlichen offenbar bei der Errichtung der Bustrasse durch die Siedlung „Wohnen im Park“ gehen, die trotz aller Proteste seitens der Bewohner durchgedrückt werden soll.

Wie konnte es geschehen, dass mit den Bauarbeiten in der Wienerstraße begonnen wurde, ohne dass überhaupt eine korrekte Auftragsvergabe erfolgte? Diese Frage richtete KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber

an Verkehrsreferentin Rucker. Diese erklärte es so: Im Zug des rechtlichen „Umbaus“ im Rahmen des Projektes Haus Graz und der Übertragung von Geschäftsbereichen in die Holding war den Zuständigen die Vorgehensweise bei der Vergabe von Bauleistungen gar nicht klar. Man sei erst im Nachhinein „zufällig“ draufgekommen, dass da schon gebaut wurde.

Die KPÖ wird die Anrainer im Widerstand gegen die Bustrasse weiter unterstützen.

Pflegeregress abschaffen

Das Land Steiermark soll den Pflegeregress wieder abschaffen und durch eine soziale Form der Pflegefinanzierung ersetzen.

Das forderte die KPÖ in einem Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat. Zu dieser deutlichen Stellungnahme konnten sich SPÖ und ÖVP im Gemeinderat nicht durchringen. Sie bekannten sich aber zum Ziel, diese soziale Hürde wieder aus dem Weg zu räumen. Einstimmig unterstützte der Gemeinderat den Vorschlag, als Sofortmaßnahme wenigstens die Grenze, ab der die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen durch den Regress belastet werden (derzeit 1.500 Euro Monatseinkommen), automatisch an die jeweilige Inflationsrate anzupassen.

Gemeinderätin **Mag. Uli Taberhofer:** „Die KPÖ hat vor der Wiedereinführung des Pflegeregresses gewarnt. Die finanziellen Einnahmen für die öffentliche Hand stehen dabei in keinem Verhältnis zu den Problemen, die für die Betroffenen dadurch entstehen. Schließlich gibt es auf allen Ebenen viele Belastungen, die das Haushaltsbudget schmälern.“



Dass die Geschäftemacherei privater Heimbetreiber eine der Hauptursachen der Kostenexplosion im Pflegesektor ist, wird von der Landesregierung geleugnet.“

Ermäßigung für Behinderte

Die Behindertenermäßigung des Verkehrsverbundes Steiermark gilt nur für die Stundenkarte und die 24-Stundenkarte. Bei Wochen- Monats- und Jahreskarten gibt es keine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Behinderung.

Das widerspricht der Gesetzeslage in Österreich. Nach dem Gesetz ist eine Fahrpreisermäßigung für Menschen mit Behinderung vorgesehen. Unter Berufung auf diese gesetzliche Bestimmung haben Behindertenvertreter in Vorar-

berg erreicht, dass es im dortigen Verkehrsverbund auch bei Zeitkarten für Behinderte eine Ermäßigung von 30 % gibt.

KPÖ-Gemeinderätin Gerti



Schloffer: „Das ist ein gutes Beispiel für Graz und für die Steiermark. Deshalb freue ich mich darüber,

dass die anderen Parteien mein Anliegen unterstützen und für den Dringlichkeitsantrag der KPÖ gestimmt haben.“

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (14.6.2012)

- ⇒ Bezirk Gösting wird vernachlässigt (Anfrage, Gemeinderat Christian Sikora)
- ⇒ Behördliche Mitteilung bei Ablauf der Gültigkeit der Dokumente (Antrag, Gemeinderat Christian Sikora)
- ⇒ Errichtung eines Wartehäuschens an der Bushaltestelle Annenstraße/Volksgartenstraße (Antrag, Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch)
- ⇒ Wiedereinführung des 10-Minuten-Intervalls der Straßenbahnlinie 4 (Antrag, Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch)
- ⇒ Eggenberg: Bezirkssportplätze mit WC-Anlagen ausstatten (Anfrage; Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer)
- ⇒ Schaffung eines Grazer Museums des Wohnens (Antrag, GR Manfred Eber)
- ⇒ Video Walls – Stundenweise Abschaltung in der Nacht (Antrag, Gemeinderätin Ina Bergmann)

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!**



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

KPÖ wirkt!

Reininghaus-Schuldenfalle

Die Stadt Graz hat über 1000 Millionen Euro Schulden. Private Profitjäger und die Banken haben sich beim Kauf der Reininghaus-Gründe verspekuliert und könnten viel Geld verlieren.

Was tut die ÖVP? Sie drängt darauf, dass die Stadt Graz diese Gesellschaft mit 512.000 m² Grund kauft und damit 75 Millionen Euro Schulden übernimmt. Das stellt sie als gutes Geschäft dar. Dazu hätte man gerne den Segen der Grazerinnen und Grazer zum Schuldenmachen holen will. Darum verspricht man ihnen einen Super-Stadtteil auf dem Gelände. Deshalb gibt es jetzt eine Bürgerbefragung.



GANZ Graz

Wenn mit Hochdruck an Reininghaus gearbeitet wird, ist ein Großteil des außerordentlichen Budgets langfristig gebunden. Was bleibt dann für die Entwicklung anderer Stadtteile übrig? Wir wollen eine ökologische, soziale und nachhaltige Entwicklung für GANZ Graz.

Daher sagen wir Nein zum Ankauf einer Gesellschaft, von der wir eigentlich nur wissen, dass sie viele Schulden hat.

In Wirklichkeit ist Reininghaus eine Schuldenfalle. Überlegen Sie selbst:

- Ein Immobilien-Entwickler nach dem anderen ist an Reininghaus gescheitert. Schöne Pläne hat es schon viele gegeben. Dann ist die Banken- und Immobilienkrise dazwischen gekommen. Deshalb soll die Stadt einspringen. Sie soll die verschuldete Gesellschaft übernehmen und den Banken sichere Einnahmen garantieren. Dafür verkauft die Stadt eigene Grundstücke im Wert von 24 Millionen Euro. Der Schuldenstand steigt weiter an.
- Die Neuverschuldung wird verschleiert, weil

- Reininghaus in eine eigene Gesellschaft ausgliedert wird.
- Für die Errichtung der Infrastruktur müsste die Stadt Graz mindestens 160 Millionen Euro auf den Tisch legen. Der Finanzstadtrat spricht von einer jährlichen Belastung des Budgets mit 14 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt in anderen Stadtteilen.
- Die Stadt Graz will das Projekt nicht selbst errichten, sondern innerhalb von 10 Jahren an Wohnungsgesellschaften und Immobilienspekulanten verkaufen

NEIN
zum Reininghaus Deal!

– ein Verlust ist abzusehen..

- In Propagandabroschüren wird den Leuten das Blaue vom Himmel versprochen: billige Wohnungen, urbane Atmosphäre, Umweltschutz usw. Das alles steht nur auf dem Papier. Wahrscheinlicher ist, dass sich Profitinteressen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen werden.

Die Stadt Graz will privaten Spekulanten und Banken aus der Patsche helfen. Wir alle sollen dafür zahlen. Genauso läuft es auf globaler Ebene mit den „Rettungspaketen“ in der EU ab.

„Angenommen, Ihre Taschen sind leer. Würden Sie dann eine millionenteure Grundstücksgesellschaft kaufen? Nur um einigen Spekulanten aus der Patsche zu helfen?“ – Elke Kahr, KPÖ-Wohnungsstadträtin



Elke Kahr. KPÖ

Elke Kahr. **KPÖ**

Angenommen, Ihre Taschen sind leer.

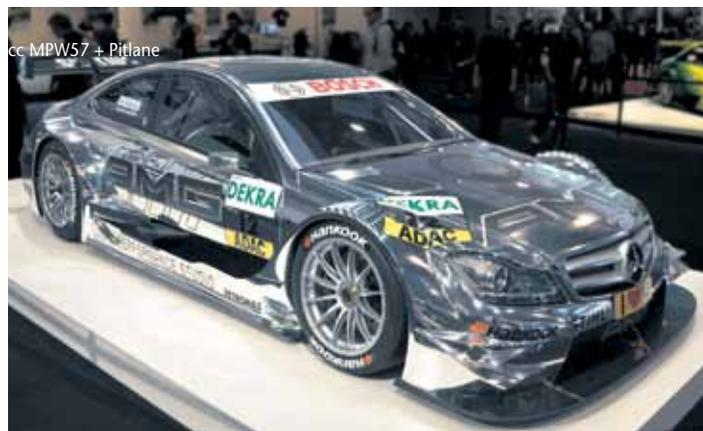
Würden Sie dann millionenteure Grundstücke kaufen? Nur um einigen Spekulanten aus der Patsche zu helfen?

Die Stadt Graz will das.

Nein zum Ankauf der Reininghausgründe.

Die Reininghaus Werbe-Maschine verspricht zehntausende leistbare Wohnungen auf dem Reininghaus-Grund. Stadträtin Elke Kahr: „Dass in Reininghaus tausende leistbare Wohnungen entstehen werden, das glaube ich erst, wenn die Leute dort die Mietverträge und die Wohnungsschlüssel in der Hand haben. Es leben nicht nur begüterte Menschen in Graz, sondern auch Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die sich die Mieten nicht leisten können. Ich erinnere daran, dass im Masterplan-Reininghaus auf Initiative der KPÖ die Schaffung von Gemeindewohnungen auf diesem Areal vorgesehen worden ist.“

www.kpoe-graz.at



Das ist das Gegenteil vom Kampf gegen den Feinstaub. Bürgermeister Nagl setzte sich beim DTM- Rennen in Graz in Szene und drehte mit dem Umweltfresser-Auto sogar eine Runde durch die Grazer Altstadt.

„Umweltzone“: Politisches Spiel

NEIN
zur „Umweltzone“

Der Umweltschutz und die Gesundheit der Menschen im Großraum Graz werden in diesen Tagen zum Spielball von Parteipolitik und Wahltaktik gemacht.

Die plötzlich angesagte Bürger/innenumfrage zum Thema Umweltzonen hat nämlich weniger mit den Gefahren für Mensch und Umwelt durch den Fein-

staub sondern vor allem mit den innerparteilichen Befindlichkeiten der Grazer ÖVP zu tun. Diese Tatsache bestätigt die KPÖ in ihrer Haltung. Es ist fahrlässig gegenüber der Bevölkerung, die Umweltzonen einzuführen, bevor soziale Maßnahmen gesetzt worden sind, die den Menschen wirklich helfen. Statt wirksame Maßnahmen zu setzen, die allen dienen, soll die Bevölkerung gegeneinander ausgespielt werden. Genau jene werden getroffen, die sich nicht alle paar Jahre ein neues Auto kaufen können. Die Grazer KPÖ ist für wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Feinstaubbelastung und hat das im eigenen Bereich mit dem Fernwärmeeinbauprogramm in städtischen Wohnhäusern bewiesen.“

Bürgerbefragung 29. Juni – 15. Juli

- 1. Reininghaus-Deal**
- 2. „Umweltzone“**

2 x NEIN



= 1 x JA für ein soziales Graz

Elke Kahr. **KPÖ**

GRAZ
www.kpoe-graz.at